

TOP 4**Barrierefreies Bauen in Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Bundesländern / inklusive Bauen und Denkmalschutz in anderen Bundesländern**

Berichtersteller: Herr Jestrimsky (Architektenkammer Schleswig-Holstein)

Zunächst stellt Herr Jestrimsky richtig, dass er (entgegen der Ankündigung in der Einladung) nicht als Beauftragter für barrierefreies Bauen für die Architektenkammer S-H tätig ist, sondern (nur) als Ansprechstelle für barrierefreies Bauen benannt wurde. Der Unterschied besteht darin, dass er in den meisten Problemfällen nicht direkt tätig werden, sondern (nur) an jeweils zuständige Stellen verweisen kann.

Herr Jestrimsky berichtet über die Ergebnisse aus der Veranstaltung „Barrierefreie Stadt- und Gebäudeplanung“ vom 04.09.2009 in Berlin, bei der es sich um einen bundesweiten Erfahrungsaustausch der Länderkammern handelte. Das Protokoll zur Veranstaltung und die Zusammenfassung der Arbeitsinhalte werden den Beiratsmitgliedern nach der Sitzung durch die Geschäftsführung per Mail / per Post übersendet.

Frau Pötter ergänzt die Ausführungen um Ergebnisse aus der Fachtagung der Architektenkammer und der Ingenieurkammer Thüringen „Leben und Wohnen ohne Barrieren“ am 11.11.2009 in Weimar, an der sie im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit (Ansprechstelle für barrierefreies Bauen der Landeshauptstadt Kiel) teilgenommen hat.

Frau Kiel bedankt sich im Namen der Beiratsmitglieder für die Informationen.

TOP 5**Beschluss von Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit 2010 in einem Volumen von 150.000 Euro**

Berichterstellerin: Frau Pötter (Ansprechstelle für barrierefreies Bauen der Landeshauptstadt Kiel)

Berichtersteller: Herr Warthenpfehl (Immobilienwirtschaft / Gebäudetechnik/Betriebstechnik)

Es wird zunächst eine nochmals korrigierte Liste (Stand 17.11.2009) verteilt. Die Positionen werden besprochen, teilweise im Gremium diskutiert und Hinweise an die Immobilienwirtschaft gegeben zu Verbesserungen der barrierefreien Zugänglichkeit (Beispiel: Werftparktheater – Einlass der Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer).

Folgende Beschlüsse werden einstimmig gefasst:

- a) *Die vorgeschlagenen Positionen 73, 74, 63 und 154 werden durch die Beiratsmitglieder abgelehnt. (Die Positionen 73 + 74 sollten als Maßnahmen im Rahmen der Bauunterhaltung angesiedelt werden; bei den Positionen 63 + 154 handelt es sich um Erstellung baufachlicher Gutachten.)*
- b) *Die daher neu vorzuschlagenden Maßnahmen für 2010 in Höhe von insgesamt 39.000 Euro werden mit der Arbeitsgruppe „Barrierefreiheit bei Veranstaltungen, auf Wegen und Plätzen“ des Beirates für Menschen mit Behinderung abgestimmt.*

TOP 6**Arbeitsgruppen des Beirates**

- **Grundsätzliche Informationen zur Organisation und zu den Inhalten der Arbeitsgruppen**
Die Arbeitsgruppen werden gebeten, die Termine für 2010 zu besprechen und an die Geschäftsführung des Beirates zu geben, damit bei Bedarf Räumlichkeiten im Stephan-Heinzel-Haus reserviert werden können und um die aktualisierte Liste allen Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Beirates für Menschen mit Behinderung zur Verfügung stellen zu können.

Berichte aus den Arbeitsgruppen und gegebenenfalls Beschlüsse hierzu

- **Barrierefreiheit bei Veranstaltungen, auf Wegen und Plätzen**
Frau Kiel bittet, im Nachgang zur Oktober-Sitzung zunächst einen Beschluss zum Thema „Entwicklung bautechnischer Standards im öffentlichen Verkehrsraum der Landeshauptstadt Kiel“ zu fassen, damit die Übergänge an den derzeit bestehenden Baustellen an Straßenkreuzungen im Stadtgebiet nach dem derzeitigen Stand der Technik bestmöglich hergestellt werden können. Zur Erinnerung wird der Text aus der Niederschrift zur Oktober-Sitzung verlesen:
Die unterschiedlichen Bedarfe der Gruppen stellen sich wie folgt dar:
Menschen mit Einschränkungen des Sehvermögens benötigen kontrastreiche, taktil deutliche Unterschiede zwischen normalen Gehwegplatten (oder geteerten Wegen) und den Aufmerksamkeitsfeldern, die sie vor Gefahren warnen sollen. Rillenplatten zur Abgrenzung des Fahrradweges und der Fahrbahn sind unabdingbar – vor Kreuzungen, an Bushaltestellen oder anderen Gefahrenzonen sind zusätzlich Noppenplatten erforderlich. Bordsteine dürfen nicht mehr als auf 3 cm abgesenkt werden, weil sonst Beginn und Ende des Überweges nicht mehr erkannt werden kann (auch durch Blindenführhunde nicht).

Menschen mit Einschränkungen in der Mobilität benötigen insbesondere glatte, feste Oberflächen.

Kopfsteinpflaster, geringe Höhenunterschiede zwischen der Straße und dem Gehweg (an Überwegen) stellen sich teils als nicht überwindbar dar (insbesondere für Rollatoren und Rollstühle mit kleinen Vorderrädern) oder erzeugen bei einigen Rollstuhlfahrer/innen eine Spastik, sodass sie nicht weiter können.

Ergebnis:

Es muss eine Lösung gefunden werden, die der ersten Gruppe eine ausreichende Sicherheit bietet und die zweite Gruppe nicht daran hindert, die Wege zu benutzen.

Nach intensiver Beratung wird mit zwei Gegenstimmen (keine Enthaltung) folgender Beschluss gefasst:

- *Es werden (breite) Rillenplatten mit Rillen in Sinusform verlegt.*
- *Alle Rillenplatten werden kontrastreich zum Untergrund verlegt.*
- *Am Übergang für blinde und sehbehinderte Menschen werden die Bordsteine gemäß DIN auf 3 cm abgesenkt und die Rillenplatten als Richtungsfeld in Querungsrichtung ausgerichtet.*
- *Der für gehbehinderte Menschen auf 0 cm abgesenkte Übergang wird in einer Breite von 90 cm ausgeführt. Durch parallel zum Bordstein verlegte Rillenplatten wird auf diese „Gefahr“ aufmerksam gemacht.*
- *Für Aufmerksamkeitsfelder werden Noppenplatten verwendet, mit asymmetrisch angeordneten Noppen (dänische Art).*

Die Arbeitsgruppe berichtet nun über die Ergebnisse aus deren Sitzung vom 06.11.2009 und weist auf den 15.01.2010 als nächsten Sitzungstermin hin.

Frau Kiel ergänzt die bislang aus den Kieler Nachrichten (KN) bekannten Informationen zur „Eisbahn auf dem Rathausplatz“ um die Einigung (Notlösung) für diesen Winter: Eine 1 ½ m breite Spur wird laufend (so lange die Eisbahn steht) ausgefugt, so dass die Zugänglichkeit zum Rathaus wieder gegeben ist.

Frau Kiel wird eine Richtigstellung der (falschen) Informationen in den KN anregen.

- **Barrierefreiheit im öffentlichen Nah- und Fernverkehr**

Die Arbeitsgruppe wird sich zunächst der Arbeitsgruppe „Barrierefreiheit in den Köpfen“ anschließen – zur Bearbeitung aktueller Probleme kommt die Arbeitsgruppe bedarfsgerecht zusammen.

Zur Kenntnis genommen.

- **Barrierefreiheit in den Köpfen**

Die Mitglieder freuen sich auf die Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der AG Barrierefreiheit im öffentlichen Nah- und Fernverkehr und berichten, dass die Schreiben an die Kieler Schulen fertig gestellt sind und über die Geschäftsführung versendet werden.

Zur Kenntnis genommen.

- **Barrierefreiheit in der Verwaltungsarbeit**

Die Satzung des Beirates für Menschen mit Behinderung der Landeshauptstadt Kiel wurde überarbeitet. Der Entwurf wird an alle Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Beirates verteilt, damit diese die Möglichkeit haben, den geänderten Text bis zur nächsten Sitzung im Januar 2010 durchzulesen. Im Rahmen der Januar-Sitzung soll dann über den Entwurf beraten und eventuell ein Beschluss gefasst werden.

Zur Kenntnis genommen.

- **Barrierefreiheit in Gebäuden**

Der November-Termin der AG wurde wegen der Unwetterwarnung kurzfristig abgesagt.

Zur Kenntnis genommen.

- **Umsetzung des Leitbildes und Teilhabeplans der Landeshauptstadt Kiel**

Zur Fertigstellung des Stadtplanes für Menschen mit Behinderung wird noch eine Entscheidung des Beirates für Menschen mit Behinderung über das Deckblatt benötigt. Zur Auswahl liegen drei Entwürfe vor.

Die Mitglieder des Beirates entscheiden sich für das Kieler Rathaus - unter anderem deshalb, weil dieses Foto für sehbehinderte Menschen klar zu erkennen ist.

TOP 7**Mitteilungen der Verwaltung**➤ **Leitbild in leichter Sprache**

Die Broschüre „Leitbild und örtliche Teilhabeplanung für Menschen mit Behinderung in der Landeshauptstadt Kiel“ soll in leichter Sprache veröffentlicht werden. Ein Entwurf des Vereins „Lebenshilfe Bremen e. V.“ liegt vor.

Vorgeschlagen wird, die ursprüngliche Projektgruppe einzuladen, um zu sehen, ob in der Übersetzung die ursprünglichen Gedanken der Projektgruppenmitglieder wiedergegeben werden.

Nach reger Diskussion wird folgender *Beschluss* gefasst:

Es werden die Mitglieder der damaligen Projektgruppe eingeladen – unabhängig davon, welchem Verein oder welcher Partei sie zwischenzeitlich angehören. Nur sie können die Positionen, um die in vielen Gesprächen „gerungen“ wurde, beurteilen.

Sollte das Leitbild später überarbeitet / aktualisiert werden, werden die sozialpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Kieler Ratsfraktionen und Vertreterinnen und Vertreter der zu beteiligenden Vereine und Verbände angeschrieben.

➤ **Kieler Ferienpass**

Ideen, Anregungen, Vorschläge für Formulierungen zu den übersendeten Unterlagen können nur noch bis spätestens 30.11.2009 durch die Geschäftsführung des Beirates für Menschen mit Behinderung per Mail oder Fax entgegengenommen werden.

Zur Kenntnis genommen.

TOP 8**Verschiedenes**➤ **Mitgliederwechsel im Beirat für Menschen mit Behinderung**

Ratsherr Wohlfarth gibt bekannt, dass er seine Mitarbeit im Beirat aus persönlichen Gründen beendet – ab 2010 wird Ratsherr Huckriede die Position übernehmen.

➤ **Puppen- und Spielzeugmuseum in Kiel**

Es liegen Unterschriftenlisten zur Unterstützung des Projektes aus.

➤ **ELENA (Elektronischer Entgeltnachweis)**

Herr Goebel berichtet über ein Erfassungssystem für Arbeitgeber. An die zentrale Speicherstelle sollen nach seinem Informationsstand unter anderem auch Daten zur Länge von Erkrankungen und zu den Gründen eventueller Entlassungen übermittelt werden. Zugriff auf die Daten werden dann unter anderem auch die Jobcenter haben – der Datenschutz scheint hier nicht sichergestellt zu sein.

Die Verwaltung (Herr Bornhalm) wird die Unterlagen sichten und eine Rückmeldung zur Vorgehensweise innerhalb der Landeshauptstadt Kiel an den Beirat geben.

➤ **Barrierefreiheit in Bebauungsplänen – Umsetzung der neuen Landesbauordnung (LBO)**

In der als Tischvorlage verteilten Geschäftlichen Mitteilung 0962/2009 wird an mehreren Stellen das Wort „behindertengerecht“ anstelle von „barrierefrei“ verwendet. Dies wurde bereits im Rahmen der November-Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnen und Gesundheit bemängelt und im Protokoll zur Sitzung festgehalten.

➤ **Ferienpass 2010**

Frau Kiel verliest die Mail von Frau Ernst mit dem Vorschlag für eine Textänderung zu der „Begleitung zu Ferienpass-Angeboten“.

Die vorgeschlagene Änderung der Text-Passage wird durch die Beiratsmitglieder einvernehmlich befürwortet.

Der nicht öffentliche Teil der Sitzung entfällt, die Sitzung wird geschlossen.

gez. Helga Kiel
(Vorsitzende)

gez. Andrea Fuchs
(Geschäftsführerin)